

ANDREAS HARATSCH
CHRISTIAN KOENIG
MATTHIAS PECHSTEIN

Europarecht

II. Auflage



MOHR SIEBECK

MOHR SIEBECK LEHRBUCH

Mohr Siebeck Lehrbücher

Andreas Haratsch/Christian Koenig/Matthias Pechstein
Europarecht



Andreas Haratsch/Christian Koenig/
Matthias Pechstein

Europarecht

11., überarbeitete und aktualisierte Auflage

Mohr Siebeck

Andreas Haratsch: Geboren 1963; 1982–88 Studium der Rechtswissenschaft in Mainz; 1990/91 Studium an der Hochschule für Verwaltungswissenschaften in Speyer; 1992 zweites juristisches Staatsexamen; 1997 Promotion; 2003 Habilitation; ab Wintersemester 2005/06 Vertreter des Lehrstuhls Deutsches und Europäisches Verfassungs- und Verwaltungsrecht sowie Völkerrecht an der FernUniversität in Hagen; seit 2007 Univ.-Prof. und Inhaber dieses Lehrstuhls; seit 2017 Direktor des Dimitris-Tsatsos-Instituts für Europäische Verfassungswissenschaften der FernUniversität in Hagen.

Christian Koenig: Geboren 1961; 1980–85 Studium der Rechtswissenschaften in Berlin und Mainz; 1986 Master of Laws (London School of Economics); 1988 Promotion; 1991 zweites juristisches Staatsexamen; 1993 Habilitation; seit 1994 Univ.-Prof.; seit 1999 Direktor am Zentrum für Europäische Integrationsforschung (ZEI) der Universität Bonn.

Matthias Pechstein: Geboren 1958; 1979–85 Studium der Rechtswissenschaft in Mainz und Nizza; 1987 Promotion; 1989 zweites juristisches Staatsexamen; 1989–90 Referent im Bundesministerium des Inneren für europäische Medienpolitik; 1990–93 wiss. Assistent an der Universität Bayreuth; 1993–94 Richter am Verwaltungsgericht Berlin; 1994 Habilitation; seit 1995 o. Professor für Öffentliches Recht und Europarecht an der Europa-Universität Viadrina, Frankfurt/Oder.

1. Auflage 1996
2. Auflage 1998
3. Auflage 2000
4. Auflage 2003
5. Auflage 2006
6. Auflage 2009
7. Auflage 2010
8. Auflage 2012
9. Auflage 2014
10. Auflage 2016
11. Auflage 2018

ISBN 978-3-16-155974-7 / eISBN 978-3-16-155975-4
ISSN 2568-4566 (Mohr Siebeck Lehrbuch)

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind im Internet über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

© 2018 Mohr Siebeck Tübingen. www.mohr.de

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigung, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Das Buch wurde von Jung Crossmedia Publishing in Lahnau gesetzt und von C. H. Beck in Nördlingen auf alterungsbeständiges Werkdruckpapier gedruckt und gebunden.

Vorwort zur elften Auflage

Dieses Lehrbuch zum Europarecht richtet sich vor allem an Studierende. Wir hoffen aber auch, dem praktisch – sei es beruflich oder anderweitig – am Europarecht Interessierten beim rechtsdogmatischen und kasuistischen Zugang zur europäischen Integration behilflich zu sein. Das Lehrbuch kann sowohl als Einführung als auch zum Wiederholen des europarechtlichen Prüfungsstoffes anhand der Merksätze und Übersichten herangezogen werden. Merksätze und Prüfungsübersichten sollen als Lernkontrollen zum nochmaligen Nachlesen im betreffenden Kapitel anregen. Damit die Ausführungen immer „hart am Recht“ verstanden werden, empfehlen wir nachdrücklich, parallel zur Buchlektüre die im Text zitierten Vertragsbestimmungen nachzulesen. Ebenso wichtig ist die Lektüre zumindest der Leitentscheidungen, die am Ende einzelner Abschnitte angeführt werden. Eine wertvolle Hilfe leistet dabei die von *Matthias Pechstein* kommentierte Studienauswahl von Entscheidungen des EuGH, die zeitgleich in zehnter Auflage im Verlag Mohr Siebeck erscheint. Eine aktuelle Ergänzung hierzu bietet das Internetprojekt *DeLuxe* (www.rewi.europa-uni.de/deluxe), in welchem in Anlehnung an den Ansatz der Entscheidungssammlung die neuesten Urteile des Gerichtshofs didaktisch aufbereitet werden. In dieser elften Auflage wird in den Fußnoten bei den einschlägigen EuGH-Urteilen auf die Entscheidungssammlung in der zehnten Auflage hingewiesen (P Nr. xy).

Die elfte Auflage aktualisiert die Darstellung des Europarechts und berücksichtigt nicht zuletzt den bevorstehenden Austritt Großbritanniens aus der Europäischen Union sowie die Reform des europäischen Vergaberechts. Zudem ist nicht nur die Literatur auf den neuesten Stand gebracht worden, sondern es sind auch die seit der Voraufgabe eingetretenen Entwicklungen in der Rechtsprechung des Gerichtshofs der Europäischen Union, der europarechtsrelevanten Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts sowie im relevanten Sekundärrecht der Europäischen Union berücksichtigt worden. Hinzuweisen ist darauf, dass die amtliche Entscheidungssammlung des Gerichtshofs der Europäischen Union zum Jahr 2012 eingestellt worden ist. Alle Entscheidungen ab dem Jahr 2012 werden in diesem Lehrbuch daher mit dem sog. European Case Law Identifier (ECLI) zitiert (näher hierzu Rn. 502).

VI Vorwort zur elften Auflage

In dieser elften Auflage werden die Vertragsbestimmungen in der neuen Artikelnummerierung des EU- und des AEU-Vertrags zitiert, wie sie durch den Lissabonner Vertrag eingeführt worden ist. Wird eine Vertragsbestimmung des Rechts vor dem Inkrafttreten des Lissabonner Vertrages zitiert, so erfolgt dies mit dem Hinweis „a. F.“, z. B. Art. 5 EGV a. F., der nach dem Lissabonner Vertrag Art. 5 EUV entspricht, oder Art. 39 EGV a. F. für den jetzigen Art. 45 AEUV.

Bei der Erstellung der elften Auflage danken wir Frau *Michelle Nagel* für die Mithilfe bei der Aktualisierung von Kapitel 1.

Für die engagierte und zuverlässige Koordination ebenso wie für die inhaltliche Mitarbeit danken wir Frau *Veronika Koch* (4. Kapitel, Abschnitt III. und 5. Kapitel, Abschnitt III. 3). Darüber hinaus gilt unser Dank für die Unterstützung bei der Überarbeitung Frau *Lucyne Ghazarian*, Frau *Beatrice Wilden*, Frau *Beate Förtsch*, Herrn *Carl Prior*, Frau *Franziska Stern* und Frau *Katharina Nolte*. Gleiches gilt für Herrn *Christopher Kämper*, Herrn *Szymon Koblhepp*, Frau *Jula Bräuer*, Frau *Anastasia Borodina*, Frau *Sophie Steinz*, Frau *Nadja Rünzel* und Herrn *Martin Neumann*. Großer Dank gebührt zudem Frau *Birgit Löckenhoff* für ihre unermüdliche Mithilfe im Rahmen der Organisation sowie für stets wertvolle Anregungen und Anmerkungen.

Für die gewohnt vorzügliche verlegerische Betreuung danken wir Frau *Daniela Taudt*, LL.M. Eur., vom Verlag Mohr Siebeck.

Hagen, Bonn, Frankfurt (Oder)

*Andreas Haratsch
Christian Koenig
Matthias Pechstein*

Das Projekt DeLuxe richtet sich an alle, die an aktuellen Entwicklungen der Rechtsprechung der Unionsgerichtsbarkeit interessiert sind, Hauptzielgruppe sind Studenten und Referendare.

Die Kenntnis der wesentlichen Entscheidungen der Unionsgerichte ist notwendige Grundvoraussetzung für jeden, der sich mit dem Europarecht beschäftigt. Mit der aktuellen Entwicklung Schritt zu halten, fällt jedoch angesichts der Dynamik der unionsgerichtlichen Rechtsprechung erfahrungsgemäß immer schwerer.

Das Projekt DeLuxe will hier Abhilfe schaffen. Aktuelle studienrelevante EuGH-Entscheidungen werden nach einem einheitlichen Muster didaktisch aufbereitet:

- **Das Wichtigste** jeder Entscheidung wird in redaktionellen Leitsätzen am Anfang zusammengefasst.
- **Vorbemerkungen** liefern die dogmatischen Hintergründe und eine kritische Würdigung zur Einordnung der Entscheidung in die Struktur des Europarechts.

- **Vertiefende Leschinnweise** in ausbildungsrelevanter Literatur ermöglichen ein weiterführendes Selbststudium.
- Der zusammenfassende **Sachverhalt** liefert den für das Verständnis der Entscheidungsgründe notwendigen tatsächlichen Hintergrund.
- Im Hauptteil werden die wichtigsten Passagen **aus den Entscheidungsgründen** im Originalwortlaut wiedergegeben.

Die gesamte Darstellung der Entscheidungen orientiert sich an dem Werk „Entscheidungen des EuGH – Kommentierte Studienausswahl“, herausgegeben von Prof. Dr. M. Pechstein. Das Projekt DeLuxe versteht sich daher als stets aktuelle Ergänzung zu diesem Buch.

Viel Erfolg mit DeLuxe!

Inhaltsübersicht

	Seite	Rn.
Vorwort zur elften Auflage	V	
Inhaltsverzeichnis	XV	
Abkürzungsverzeichnis	XXXIII	

1. Kapitel Der Begriff des Europarechts und die Entwicklung der europäischen Einigung in Europäischer Union und Europarat

	1	1
I. Zum Begriff des Europarechts	1	1
II. Die Ursprünge der Europaidee	2	3
III. Entwicklung des europäischen Einigungsprozesses	3	7
1. Gründung, Aufbau und Krise der Europäischen Gemeinschaften	4	7
2. Ausbau des Binnenmarktes und Anfänge der politischen Integration	6	13
3. Einheitliche Europäische Akte 1986 und Vertiefung der Integration	7	16
4. Maastrichter Vertrag 1992	9	20
5. Amsterdamer Vertrag 1997	10	24
6. Vertrag von Nizza 2001	10	26
7. Auflösung der EGKS 2002	11	28
8. Erweiterung der Europäischen Union	12	30
9. Vertrag über eine Verfassung für Europa 2004	13	33
10. Vertrag von Lissabon 2007	14	34
11. Austritt Großbritanniens	16	40
IV. Europarat und europäischer Menschenrechtsschutz	17	42
1. Funktionsweise und Ziele des Europarates	18	42
2. Die Europäische Menschenrechtskonvention	19	45
V. Merksätze	23	52

X Inhaltsübersicht

	Seite	Rn.
2. Kapitel Die Europäische Union	25	53
I. Die Architektur der Europäischen Union	25	53
1. Struktur und Charakteristik des Unionsrechts	25	53
2. Die materielle Verbundsicherung durch das Kohärenzgebot	32	66
3. Die institutionelle Verbundsicherung durch den institutionellen Rahmen	33	70
4. Völkerrechtssubjektivität und völkerrechtliche Handlungsfähigkeit der Europäischen Union	34	72
5. Merksätze	39	83
II. Die Verstärkte Zusammenarbeit von Mitgliedstaaten	41	84
1. Grundregeln	41	84
2. Verfahren	42	86
3. Merksätze	44	89
III. Die EU-Vertragsänderung	44	90
1. Die unionsvertraglichen Änderungsverfahren	44	90
2. Nichtförmliche Vertragsänderungen nach allgemeinem Völkerrecht	48	99
3. Merksätze	49	100
IV. Der Beitritt zur Europäischen Union	50	101
1. Die Beitrittsvoraussetzungen	50	101
2. Das Beitrittsverfahren	51	105
3. Die Beitrittswirkung	52	107
4. Merksätze	53	108
V. Austritt, Ausschluss und Suspendierung von Mitgliedschaftsrechten	53	109
1. Der Austritt aus der Europäischen Union	54	109
2. Der Ausschluss aus der Europäischen Union	56	113
3. Die Suspendierung von Mitgliedschaftsrechten	56	114
4. Merksätze	59	120
VI. Institutionelle Struktur der Europäischen Union	60	121
1. Die Europäische Union und die Mitgliedstaaten	60	121
2. Die Unionsorgane	106	216
3. Rechtsetzungsverfahren	150	338
4. Rechtsquellen der Europäischen Union	163	376
5. Vollzug des Unionsrechts	208	470
6. Rechtsschutz vor dem Gerichtshof der Europäischen Union	213	484
7. Rechtsschutz vor den mitgliedstaatlichen Gerichten	272	615
8. Haftung der Europäischen Union	277	623

	Seite	Rn.
9. Haftung der Mitgliedstaaten für Verstöße gegen Unionsrecht	286	640
10. Haushalts- und Personalrecht	299	667
3. Kapitel Materielle Gewährleistungen des Unionsrechts	307	679
I. Die Grundrechte des Unionsrechts	307	679
1. Notwendigkeit und Entwicklung unionsrechtlichen Grundrechtsschutzes	308	679
2. Abgrenzung zu sonstigen Gewährleistungen des Unionsrechts	311	683
3. Die Europäische Grundrechte-Charta	312	684
4. Die Herleitung der Unionsgrundrechte aus allgemeinen Rechtsgrundsätzen	314	689
5. Funktionen der Unionsgrundrechte	315	690
6. Anwendungsbereich der Unionsgrundrechte	316	692
7. Der Schutzbereich der Unionsgrundrechte	322	704
8. Eingriff in Unionsgrundrechte	327	716
9. Rechtfertigung von Grundrechtseinschränkungen	327	718
10. Das Verhältnis zur Europäischen Menschenrechtskonvention	330	727
11. Das Verhältnis zum Recht der Vereinten Nationen	337	742
12. Prüfungsschema zu den Unionsgrundrechten	338	744
13. Merksätze	339	745
II. Das allgemeine Diskriminierungsverbot aus Gründen der Staatsangehörigkeit nach Art. 18 AEUV	341	746
1. Schutzbereich	343	750
2. Diskriminierung	349	762
3. Rechtfertigung	352	766
4. Prüfungsschema zum allgemeinen Diskriminierungsverbot, Art. 18 AEUV	354	769
5. Merksätze	355	770
III. Die Unionsbürgerschaft und die Unionsbürgerrechte	356	771
1. Die Unionsbürgerschaft	359	777
2. Unionsbürgerliches Freizügigkeitsrecht	364	788
3. Kommunalwahlrecht	381	810
4. Wahlrecht zum Europäischen Parlament	384	816
5. Diplomatischer und konsularischer Schutz der Unionsbürger	386	820
6. Petitions- und Beschwerderecht	387	825
7. Bürgerbegehren	390	836
8. Merksätze	391	838

	Seite	Rn.
IV. Die Grundfreiheiten des AEUV	393	839
1. Bedeutung und Funktion der Grundfreiheiten	394	839
2. Sekundärrechtliche Ausgestaltung des Binnenmarktes	394	841
3. Struktur und Konvergenz der Grundfreiheiten	398	845
4. Prüfungsschema für die Grundfreiheiten	415	871
5. Merksätze	416	872
6. Freiheit des Warenverkehrs	416	873
7. Freizügigkeit der Arbeitnehmer	448	929
8. Niederlassungsfreiheit	472	976
9. Freiheit des Dienstleistungsverkehrs	500	1020
10. Freiheit des Kapital- und Zahlungsverkehrs	533	1071
4. Kapitel Interne Politiken der Europäischen Union	551	1102
I. Landwirtschafts- und Fischereipolitik	551	1102
II. Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts	553	1107
1. Allgemeine Bestimmungen	554	1107
2. Grenzkontrollen, Asyl und Einwanderung	555	1111
3. Justizielle Zusammenarbeit in Zivilsachen	562	1123
4. Justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen	564	1125
5. Polizeiliche Zusammenarbeit	569	1135
III. Wettbewerbskontrolle	571	1140
1. Wettbewerbspolitik	571	1140
2. Unternehmensgerichtete Wettbewerbsvorschriften	579	1149
3. Beihilfenkontrolle	636	1236
4. Wettbewerbskontrolle im Bereich mitgliedstaatlicher Daseinsvorsorge	678	1311
5. Kurzaufsicht: Vergaberecht	693	1335
IV. Rechtsangleichung im Binnenmarkt	705	1348
V. Wirtschafts- und Währungspolitik	709	1355
1. Wirtschaftspolitik	709	1355
2. Die Verwirklichung der Währungsunion	710	1356
3. Die Europäische Währung	712	1361
4. Die Euro-Gruppe	713	1362
5. Euro-Rettungsmaßnahmen im Zeichen der Krise	714	1363
6. Austritt und Ausschluss aus der Eurozone	731	1388
7. Der Wechselkursmechanismus	732	1391
VI. Sozialpolitik	733	1392

	Seite	Rn.
5. Kapitel Auswärtige Politiken der Europäischen Union	739	1401
I. Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik	739	1401
1. Grundlagen und Ziele der GASP	739	1401
2. Die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP)	741	1405
3. Die Handlungsformen der GASP	743	1410
4. Institutionen der GASP	745	1416
5. Die Finanzierung der GASP	747	1422
6. Merksätze	748	1423
II. Assoziierungspolitik	748	1424
1. Assoziierung der überseeischen Länder und Hoheitsgebiete	749	1424
2. Der Abschluss von Assoziierungsabkommen	749	1425
III. Gemeinsame Handelspolitik	752	1432
1. Die Reichweite der Außenhandelskompetenz der Europäischen Union	754	1433
2. Die Mitgliedschaft in der Welthandelsorganisation	756	1435
3. Kurzaufsatz: Antidumping- und Antisubventionsrecht	757	1438
4. Handelsembargos der Europäischen Union	761	1447
5. Merksätze	763	1450
IV. Sonstige Auswärtige Politiken	763	1451
1. Entwicklungszusammenarbeit	764	1451
2. Wirtschaftliche, finanzielle und technische Zusammenarbeit mit Drittländern	764	1452
3. Humanitäre Hilfe	764	1453
4. Merksätze	765	1455
Ausgewählte Literaturempfehlungen	767	
I. Lehrbücher	767	
II. Handbücher und Kommentare	768	
III. Text- und Entscheidungssammlungen	769	
IV. www-Adressen	769	
Sachverzeichnis	771	

Inhaltsverzeichnis

	Seite	Rn.
Vorwort zur elften Auflage	V	
Inhaltsübersicht	IX	
Abkürzungsverzeichnis	XXXIII	

1. Kapitel Der Begriff des Europarechts und die Entwicklung der europäischen Einigung in Europäischer Union und Europarat

I. Zum Begriff des Europarechts	1	1
II. Die Ursprünge der Europaidee	2	3
III. Entwicklung des europäischen Einigungsprozesses	3	7
1. Gründung, Aufbau und Krise der Europäischen Gemeinschaften	4	7
2. Ausbau des Binnenmarktes und Anfänge der politischen Integration	6	13
3. Einheitliche Europäische Akte 1986 und Vertiefung der Integration	7	16
4. Maastrichter Vertrag 1992	9	20
5. Amsterdamer Vertrag 1997	10	24
6. Vertrag von Nizza 2001	10	26
7. Auflösung der EGKS 2002	11	28
8. Erweiterung der Europäischen Union	12	30
9. Vertrag über eine Verfassung für Europa 2004	13	33
10. Vertrag von Lissabon 2007	14	34
11. Austritt Großbritanniens	16	40
IV. Europarat und europäischer Menschenrechtsschutz	17	42
1. Funktionsweise und Ziele des Europarates	18	42
2. Die Europäische Menschenrechtskonvention	19	45
V. Merksätze	23	52

	Seite	Rn.
2. Kapitel Die Europäische Union	25	53
I. Die Architektur der Europäischen Union	25	53
1. Struktur und Charakteristik des Unionsrechts	25	53
a) Von der Tempelkonstruktion zur einheitlichen Union	25	53
b) Die Union als Staatenverbund	28	57
c) Die Charakteristik des supranationalen Unionsrechts	29	59
d) Der intergouvernementale Charakter des Unionsrechts im Bereich der GASP	30	62
2. Die materielle Verbundsicherung durch das Kohärenzgebot	32	66
3. Die institutionelle Verbundsicherung durch den institutionellen Rahmen	33	70
4. Völkerrechtssubjektivität und völkerrechtliche Handlungs- fähigkeit der Europäischen Union	34	72
a) Die Völkerrechtssubjektivität der Europäischen Union	34	72
b) Die Vertragsschlusskompetenzen der Europäischen Union	35	74
c) Das Vertragsschlussverfahren	37	79
d) Die Deliktstfähigkeit der Europäischen Union	38	81
e) Das Gesandtschaftsrecht der Europäischen Union	39	82
5. Merksätze	39	83
II. Die Verstärkte Zusammenarbeit von Mitgliedstaaten	41	84
1. Grundregeln	41	84
2. Verfahren	42	86
3. Merksätze	44	89
III. Die EU-Vertragsänderung	44	90
1. Die unionsvertraglichen Änderungsverfahren	44	90
a) Das ordentliche Änderungsverfahren	45	91
b) Die vereinfachten Änderungsverfahren	46	95
aa) Das vereinfachte Verfahren nach Art. 48 Abs. 6 EUV	46	95
bb) Das Brückenverfahren nach Art. 48 Abs. 7 EUV	46	96
c) Kein änderungsfester Kern des Unionsrechts	47	98
2. Nichtförmliche Vertragsänderungen nach allgemeinem Völkerrecht	48	99
3. Merksätze	49	100
IV. Der Beitritt zur Europäischen Union	50	101
1. Die Beitrittsvoraussetzungen	50	101
2. Das Beitrittsverfahren	51	105
3. Die Beitrittswirkung	52	107
4. Merksätze	53	108

	Seite	Rn.
V. Austritt, Ausschluss und Suspendierung von Mitgliedschaftsrechten	53	109
1. Der Austritt aus der Europäischen Union	54	109
2. Der Ausschluss aus der Europäischen Union	56	113
3. Die Suspendierung von Mitgliedschaftsrechten	56	114
4. Merksätze	59	120
VI. Institutionelle Struktur der Europäischen Union	60	121
1. Die Europäische Union und die Mitgliedstaaten	60	121
a) Verfassungsrechtliche Grundlagen der EU-Mitgliedschaft nach dem Grundgesetz	62	121
aa) Die Öffnung der deutschen Rechtsordnung	62	122
bb) Anforderungen an die Struktur der Europäischen Union	65	126
(α) Effektiver Grundrechtsschutz auf Unionsebene	65	127
(β) Die Weiterentwicklung der Demokratie auf Unionsebene	66	130
b) Verfassungsrechtliche Grenzen des Ausbaus der Union	69	137
aa) Unantastbarkeit der souveränen Staatlichkeit Deutschlands	70	141
bb) Beachtung des föderalen Prinzips beim Ausbau der EU	71	142
cc) Bewahrung der innerstaatlichen Demokratie	73	145
c) Überwachung der Integrationsgrenzen durch das BVerfG	74	146
aa) Identitätskontrolle	75	149
bb) Ultra-vires-Kontrolle	76	152
cc) Die Grundrechtskontrolle	78	156
dd) Unanwendbarkeit des Rechts der Europäischen Union	79	158
dd) Vorherige Vorlage an den Europäischen Gerichtshof	80	161
ff) Entscheidungsmonopol des Bundesverfassungsgerichts	81	163
d) Unionsrecht und Recht der Mitgliedstaaten	82	165
aa) Kompetenzabgrenzung zwischen EU und Mitgliedstaaten	82	165
bb) Prinzip der begrenzten Einzelermächtigung	84	172
cc) Kompetenzergänzungsbestimmung und „implied powers“	86	178
dd) Subsidiaritätsprinzip	88	181
ee) Grundsatz der Verhältnismäßigkeit	92	192
ff) Der Anwendungsvorrang des Unionsrechts	93	196

	Seite	Rn.
gg) Das Gebot unionsrechtskonformer Auslegung und Fortbildung nationalen Rechts	99	206
e) Pflicht zur Unionstreue	101	209
f) Schutz- und Notstandsklauseln	102	211
g) Notbremsemechanismus	103	213
h) Merksätze	104	215
2. Die Unionsorgane	106	216
a) Überblick	107	216
b) Institutionelles Gleichgewicht	109	221
c) Europäisches Parlament	109	224
aa) Zusammensetzung und Organisation des Parlaments	110	225
bb) Aufgaben des Parlaments	116	240
cc) Beschlussfassung	119	248
d) Europäischer Rat	119	250
aa) Zusammensetzung und Organisation des Europäischen Rates	119	251
bb) Aufgaben des Europäischen Rates	121	255
cc) Beschlussfassung	121	257
e) Rat	122	259
aa) Zusammensetzung und Organisation des Rates	122	260
bb) Aufgaben des Rates	125	266
cc) Beschlussfassung	126	268
(α) Beschlussfassung mit qualifizierter Mehrheit	126	269
(β) Einstimmige Beschlussfassung	129	277
f) Europäische Kommission	129	279
aa) Zusammensetzung und Organisation der Kommission	130	280
bb) Aufgaben der Kommission	135	293
cc) Beschlussfassung	136	297
dd) Hoher Vertreter für Außen- und Sicherheitspolitik	136	298
g) Gerichtshof der Europäischen Union	138	303
aa) Gerichtshof	139	305
bb) Gericht	140	312
cc) Fachgerichte	142	317
h) Europäische Zentralbank	143	318
i) Rechnungshof	145	325
j) Institutionen der Europäischen Union	145	327
aa) Wirtschafts- und Sozialausschuss	146	328
bb) Ausschuss der Regionen	146	331
cc) Europäische Investitionsbank	148	335
k) Einrichtungen und sonstige Stellen der Europäischen Union	148	336

	Seite	Rn.
1) Merksätze	149	337
3. Rechtsetzungsverfahren	150	338
a) Ordentliches Gesetzgebungsverfahren	153	344
b) Besondere Gesetzgebungsverfahren	155	352
aa) Anhörungsverfahren	156	355
bb) Zustimmungsverfahren	157	357
c) Der Erlass von delegierten Rechtsakten und Durchführungsrechtsakten	157	358
aa) Delegierte Rechtsakte	158	359
bb) Durchführungsrechtsakte	158	360
(α) Beratungsverfahren	160	368
(β) Prüfverfahren	160	369
d) Beschlussverfahren im Rahmen der GASP	161	372
e) Sonstige in den Verträgen vorgesehene Rechtsetzungsverfahren	162	374
f) Merksätze	163	375
4. Rechtsquellen der Europäischen Union	163	376
a) Zur Rechtsnatur des Unionsrechts	165	376
b) Primäres supranationales Unionsrecht	167	380
c) Abgeleitetes supranationales Unionsrecht	170	389
aa) Verordnungen	173	395
bb) Richtlinien	175	397
(α) Die Verbindlichkeit für die Mitgliedstaaten	175	398
(β) Unmittelbare Wirkung	177	402
(γ) Das Gebot richtlinienkonformer Auslegung und Fortbildung nationalen Rechts	182	413
cc) Beschlüsse	185	418
dd) Empfehlungen und Stellungnahmen	187	426
ee) Protokollerklärungen	188	428
ff) Austauschbarkeit der Rechtsakte	189	429
gg) Formerfordernisse und Inkrafttreten von Sekundärrecht	189	431
hh) Aufhebung	193	440
ii) Durchsetzung	194	443
d) Europäisches Gewohnheitsrecht	195	446
e) Allgemeine Rechtsgrundsätze	196	450
f) Völkergewohnheitsrecht	197	453
g) Völkerrechtliche Verträge	199	461
h) Merksätze	204	469
5. Vollzug des Unionsrechts	208	470
a) Formen des Vollzugs	208	470
b) Verwaltungsorganisation bezüglich des Vollzugs	209	472

	Seite	Rn.
c) Verwaltungsverfahrenrecht	209	474
d) Merksatz	213	483
6. Rechtsschutz vor dem Gerichtshof der Europäischen Union	213	484
a) Stellung und Aufgaben des Gerichtshofs	215	484
b) Zuständigkeitsverteilung zwischen EuGH und EuG	217	491
aa) Sachliche Zuständigkeiten des EuG	217	491
bb) Sachliche Zuständigkeiten des EuGH	218	493
cc) Verweisung bei Unzuständigkeit und Aussetzung des Verfahrens	218	495
c) Verfahrensablauf vor dem Europäischen Gerichtshof und dem Gericht	219	497
d) Die einzelnen Verfahrensarten	221	503
aa) Vertragsverletzungsverfahren	221	503
(α) Funktion der Vertragsverletzungsverfahren	221	503
(β) Zulässigkeit der Vertragsverletzungsklage	222	506
(γ) Begründetheit der Vertragsverletzungsklage	225	515
(δ) Urteilswirkungen im Vertragsverletzungs- verfahren	227	520
(ε) Prüfungsschemata zu den Vertragsverletzungs- verfahren	227	521
bb) Nichtigkeitsklage	230	523
(α) Funktion der Nichtigkeitsklage	230	523
(β) Zulässigkeit der Nichtigkeitsklage	231	526
(γ) Begründetheit der Nichtigkeitsklage	240	551
(δ) Urteilswirkungen im Nichtigkeitsverfahren	241	553
(ε) Prüfungsschema zur Nichtigkeitsklage	241	554
cc) Untätigkeitsklage	243	555
(α) Funktion der Untätigkeitsklage	243	555
(β) Zulässigkeit der Untätigkeitsklage	243	556
(γ) Begründetheit der Untätigkeitsklage	246	566
(δ) Urteilswirkungen im Untätigkeitsverfahren	247	567
(ε) Prüfungsschema zur Untätigkeitsklage	247	568
dd) Amtshaftungsklage	249	569
(α) Funktion der Amtshaftungsklage	249	569
(β) Zulässigkeit der Amtshaftungsklage	250	570
(γ) Begründetheit der Amtshaftungsklage	252	577
(δ) Urteilswirkungen im Amtshaftungsverfahren	252	578
(ε) Prüfungsschema zur Amtshaftungsklage	252	579
ee) Vorabentscheidungsverfahren	253	580
(α) Funktion des Vorabentscheidungsverfahrens	253	580
(β) Annahmefähigkeit der Vorlagefrage („Zulässigkeit“)	254	581

	Seite	Rn.
(γ) Beantwortung der Vorlagefrage durch Urteil des EuGH	259	592
(δ) Rechtswirkungen des Vorabentscheidungs- urteils	259	593
(ε) Prüfungsschema zum Vorabentscheidungs- verfahren	260	594
ff) Rechtsmittelverfahren	262	595
gg) Einstweiliger Rechtsschutz	264	602
(α) Funktion des einstweiligen Rechtsschutzes	264	602
(β) Zulässigkeit eines Antrags auf einstweiligen Rechtsschutz	264	603
(γ) Begründetheit eines Antrags auf einstweiligen Rechtsschutz	265	607
(δ) Der Beschluss und seine Wirkungen	266	608
(ε) Prüfungsschema zum Antrag auf einstweiligen Rechtsschutz	266	609
hh) Sonstige Verfahren vor den Unionsgerichten	268	610
(α) Entscheidungen aufgrund einer Schiedsklausel . .	268	610
(β) Gutachten	268	611
(γ) Inzidenträge	268	612
(δ) Prüfungsschema zur Inzidenträge	269	613
e) Merksätze	270	614
7. Rechtsschutz vor den mitgliedstaatlichen Gerichten	272	615
a) Grundsatz der nationalen Verfahrensautonomie	272	615
b) Grenzen der nationalen Verfahrensautonomie	273	617
c) Merksatz	276	622
8. Haftung der Europäischen Union	277	623
a) Vertragliche Haftung	277	623
b) Außervertragliche Haftung	278	625
aa) Amtshandlung eines Unionsorgans oder -bediensteten	278	626
bb) Rechtswidrigkeit der Amtshandlung	279	628
cc) Haftung für rechtmäßiges Unionshandeln	280	629
dd) Schutznormverletzung	280	630
ee) Schaden	282	632
ff) Kausalität zwischen Amtspflichtverletzung und Schaden	282	633
gg) Verschuldensunabhängigkeit des Anspruchs	283	634
hh) Rechtsfolge	283	635
ii) Verjährung	284	636
c) Haftung der Bediensteten	285	637
d) Merksätze	285	639

	Seite	Rn.
9. Haftung der Mitgliedstaaten für Verstöße gegen Unionsrecht	286	640
a) Herleitung des Haftungsanspruchs	287	641
b) Anspruchsvoraussetzungen	288	644
aa) Mitgliedstaatlicher Verstoß gegen Unionsrecht	288	645
bb) Verleihung subjektiver Rechte	290	651
cc) Hinreichende Qualifikation des Verstoßes	291	652
(α) Hinreichende Qualifikation eines Verstoßes gegen Unionsrecht bei der Richtlinienumsetzung	293	657
(β) Hinreichende Qualifikation eines Verstoßes gegen Unionsrecht bei judikativem Unrecht	293	658
dd) Kausalität zwischen Unionsrechtsverstoß und Schaden	295	659
c) Rechtsfolge	295	661
d) Verjährung	296	664
e) Prüfungsschema für den unionsrechtlichen Staatshaftungsanspruch	297	665
f) Merksätze	298	666
10. Haushalts- und Personalrecht	299	667
a) Haushaltsrecht der Europäischen Union	299	667
aa) Einnahmen der Union	299	667
bb) Mehrjähriger Finanzrahmen	300	669
cc) Haushaltsplan	301	670
dd) Haushaltsverfahren	301	671
ee) Betrugsbekämpfung	303	675
b) Personalrecht der Europäischen Union	304	677
c) Merksätze	304	678

3. Kapitel Materielle Gewährleistungen des Unionsrechts 307 679

I. Die Grundrechte des Unionsrechts 307 679

1. Notwendigkeit und Entwicklung unionsrechtlichen Grundrechtsschutzes	308	679
2. Abgrenzung zu sonstigen Gewährleistungen des Unionsrechts	311	683
3. Die Europäische Grundrechte-Charta	312	684
4. Die Herleitung der Unionsgrundrechte aus allgemeinen Rechtsgrundsätzen	314	689
5. Funktionen der Unionsgrundrechte	315	690
6. Anwendungsbereich der Unionsgrundrechte	316	692
a) Die Bindung der Unionsorgane, -einrichtungen und sonstigen Stellen	316	693

	Seite	Rn.
b) Die Bindung der Mitgliedstaaten	317	694
c) Bindung Privater (Drittwirkung)?	321	703
7. Der Schutzbereich der Unionsgrundrechte	322	704
a) Die sachlichen Bereiche des unionsrechtlichen Grundrechtsschutzes	322	704
aa) Würde des Menschen	323	707
bb) Freiheitsrechte	323	708
cc) Gleichheitsrechte	324	709
dd) Justizielle Rechte	326	714
b) Der persönliche Schutzbereich der Unionsgrundrechte	326	715
8. Eingriff in Unionsgrundrechte	327	716
9. Rechtfertigung von Grundrechtseinschränkungen	327	718
a) Rechtfertigung von Eingriffen in Freiheitsgewährleistungen	327	719
aa) Gesetzliche Grundlage	327	719
bb) Vorliegen eines Rechtfertigungsgrundes	328	722
cc) Verhältnismäßigkeit der Grundrechtsbeschränkung	329	723
dd) Wahrung des Wesensgehalts des Grundrechts	329	724
b) Rechtfertigung von Eingriffen in Gleichheitsrechte	329	725
10. Das Verhältnis zur Europäischen Menschenrechtskonvention	330	727
a) Die Rechtslage vor dem Beitritt zur EMRK	330	727
b) Der Beitritt der Europäischen Union zur EMRK	332	730
aa) Inhalt des Entwurfs eines Beitrittsabkommens	333	731
bb) Das EuGH-Gutachten zum Entwurf eines Beitrittsabkommens	335	737
11. Das Verhältnis zum Recht der Vereinten Nationen	337	742
12. Prüfungsschema zu den Unionsgrundrechten	338	744
13. Merksätze	339	745
II. Das allgemeine Diskriminierungsverbot aus Gründen der Staatsangehörigkeit nach Art. 18 AEUV	341	746
1. Schutzbereich	343	750
a) Persönlicher Schutzbereich	343	750
b) Sachlicher Schutzbereich	344	751
aa) Anwendungsbereich des AEUV	345	752
bb) Anwendungsbereich des EUV	348	759
2. Diskriminierung	349	762
3. Rechtfertigung	352	766
4. Prüfungsschema zum allgemeinen Diskriminierungsverbot, Art. 18 AEUV	354	769
5. Merksätze	355	770

	Seite	Rn.
III. Die Unionsbürgerschaft und die Unionsbürgerrechte	356	771
1. Die Unionsbürgerschaft	359	777
a) Die Unionsbürgerschaft als föderales Angehörigkeits- verhältnis	359	777
b) Die Unionsbürgerschaft als subjektives Recht	360	781
c) Prüfungsschema zur Unionsbürgerschaft, Art. 20 AEUV	364	787
2. Unionsbürgerliches Freizügigkeitsrecht	364	788
a) Unmittelbare Beeinträchtigungen der Rechte auf Bewegung und Aufenthalt	367	791
aa) Schutzbereich	367	791
bb) Eingriff	369	794
cc) Rechtfertigung	369	795
b) Sonstige Beeinträchtigungen der Freizügigkeit	374	801
aa) Anwendungsbereich	374	801
bb) Beeinträchtigungen der Freizügigkeit	375	803
cc) Rechtfertigung	377	806
c) Freizügigkeitsrelevantes Sekundärrecht	378	807
d) Prüfungsschema zur unionsbürgerlichen Freizügigkeit, Art. 21 Abs. 1 AEUV	380	809
3. Kommunalwahlrecht	381	810
4. Wahlrecht zum Europäischen Parlament	384	816
5. Diplomatischer und konsularischer Schutz der Unionsbürger	386	820
6. Petitions- und Beschwerderecht	387	825
a) Petitionen zum Europäischen Parlament	387	825
b) Anrufung des Bürgerbeauftragten	388	828
c) Schriftliche Eingaben an die Organe und die beratenden Einrichtungen der Union	390	835
7. Bürgerbegehren	390	836
8. Merksätze	391	838
IV. Die Grundfreiheiten des AEUV	393	839
1. Bedeutung und Funktion der Grundfreiheiten	394	839
2. Sekundärrechtliche Ausgestaltung des Binnenmarktes	394	841
a) Funktionen des Sekundärrechts	394	841
b) Vorrangige Prüfung des Sekundärrechts	396	842
3. Struktur und Konvergenz der Grundfreiheiten	398	845
a) Überblick	398	845
b) Schutzbereich	399	846
c) Eingriff	400	848
aa) Verpflichtungsadressaten	400	848
bb) Diskriminierung	402	851
cc) Beschränkung	403	853

	Seite	Rn.
d) Rechtfertigung	407	858
e) Rechtsfolgen	412	867
4. Prüfungsschema für die Grundfreiheiten	415	871
5. Merksätze	416	872
6. Freiheit des Warenverkehrs	416	873
a) Die Zollunion	417	874
b) Verbot von Ein- und Ausfuhrbeschränkungen sowie von Maßnahmen gleicher Wirkung	419	880
aa) Schutzbereich	419	880
(α) Sachlicher Schutzbereich	419	880
(β) Persönlicher Schutzbereich	422	888
bb) Eingriff	422	889
(α) Handlung eines Verpflichtungsadressaten/ Schutzpflicht	422	889
(β) Mengenmäßige Ein- und Ausfuhr- beschränkungen	425	893
(γ) Maßnahmen gleicher Wirkung	426	895
(αα) Ausgangspunkt: <i>Dassonville</i> -Formel und <i>Cassis</i> -Rechtsprechung	426	895
(ββ) Einschränkung der <i>Dassonville</i> -Formel durch die <i>Keck</i> -Formel	430	900
(γγ) Anwendung der <i>Keck</i> -Formel bei Nutzungsmodalitäten?	434	906
(δδ) Übergang zu einer Neuen Formel?	436	907
cc) Rechtfertigung	437	909
(α) Rechtfertigungsgründe nach Art. 36 AEUV	437	909
(β) Rechtfertigungsgründe nach der <i>Cassis</i> -Recht- sprechung	441	919
(γ) Rechtfertigung aus Gründen des Grundrechts- schutzes	443	924
c) Umformung der staatlichen Handelsmonopole	444	925
d) Merksätze	445	928
7. Freizügigkeit der Arbeitnehmer	448	929
a) Schutzbereich	448	930
aa) Sachlicher Schutzbereich	449	931
(α) Begriff des Arbeitnehmers	449	931
(β) Grenzüberschreitung	452	936
(γ) Aufenthalts- und Bewegungsrecht	453	937
(δ) Bereichsausnahme für die Beschäftigung in der öffentlichen Verwaltung	454	939
bb) Persönlicher Schutzbereich	455	941
cc) Zeitlicher Schutzbereich	456	944

	Seite	Rn.
b) Eingriff	457	945
aa) Handlung eines Verpflichtungsadressaten	457	945
bb) Beeinträchtigungen	458	948
(α) Diskriminierungen	459	949
(β) Beschränkungen	461	954
(γ) Einschränkungen nach den Grundsätzen der <i>Keck</i> - und der <i>ANETT</i> -Rechtsprechung?	463	959
c) Rechtfertigung	464	961
aa) Rechtfertigungsgründe nach Art. 45 Abs. 3 AEUV	464	962
bb) Rechtfertigung aus zwingenden Gründen des Allgemeininteresses	466	965
cc) Rechtfertigung unter Berufung auf Grundrechte	467	968
(α) Staatliche Schutzpflicht zugunsten privater Grundrechtsausübung	467	968
(β) Private Grundrechtsausübung	467	969
(γ) Praktische Konkordanz	468	970
dd) Rechtfertigung privater Eingriffe durch „sachliche Gründe“	468	971
ee) Schranken-Schranken	469	972
d) Maßnahmen der Union zur Herstellung der Freizügigkeit und sozialen Sicherheit	469	973
e) Merksätze	470	975
8. Niederlassungsfreiheit	472	976
a) Schutzbereich	473	977
aa) Sachlicher Schutzbereich	473	978
(α) Der Begriff der Niederlassung	473	978
(β) Grenzüberschreitender Bezug	475	981
(γ) Bereichsausnahme für die Ausübung öffentlicher Gewalt	476	982
bb) Persönlicher Schutzbereich	477	983
(α) Natürliche Personen	477	983
(β) Juristische Personen	478	986
(αα) Beeinträchtigung durch den Gründungs- mitgliedstaat (Wegzugskonstellation)	480	990
(ββ) Beeinträchtigung durch den Aufnahme- mitgliedstaat (Zuzugskonstellation)	482	991
(γγ) Zusammenfassung	483	993
(δδ) Grenzfälle	483	994
(εε) Unionsrechtliche Gesellschaftsformen	485	996
b) Eingriff	487	1000
aa) Handlung eines Verpflichtungsadressaten	487	1000
bb) Diskriminierung	488	1001

	Seite	Rn.
cc) Beschränkung durch unterschiedslose Maßnahmen	490	1006
c) Rechtfertigung	492	1008
aa) Rechtfertigungsgründe nach Art. 52 Abs. 1 AEUV	492	1008
bb) Ungeschriebene Rechtfertigungsgründe nach der <i>Gebhard</i> -Formel	493	1011
cc) Rechtfertigung aus Gründen des Grundrechts- schutzes und Rechtfertigung der Eingriffe inter- mediärer Gewalten	495	1013
dd) Schranken-Schranken	496	1014
d) Die sekundärrechtlichen Anerkennungs- und Koordinie- rungsrichtlinien	497	1016
aa) Der bisherige Ansatz: Sektorale Anerkennung und Koordinierung von Berufsqualifikationen	497	1016
bb) Der neue Ansatz: Die einheitliche Anerkennungs- richtlinie für Berufsqualifikationen	498	1017
cc) Koordinierungsrichtlinien außerhalb der Anerkennung von Berufsqualifikationen	499	1018
e) Merksätze	499	1019
9. Freiheit des Dienstleistungsverkehrs	500	1020
a) Schutzbereich	502	1021
aa) Sachlicher Schutzbereich	502	1022
(α) Begriff der Dienstleistung	502	1022
(β) Grenzüberschreitung/Modalitäten der Dienst- leistungsfreiheit	507	1030
(γ) Aufenthalts- und Bewegungsrecht	509	1032
(δ) Bereichsausnahme für die Ausübung hoheitlicher Gewalt	509	1033
bb) Persönlicher Schutzbereich	509	1034
b) Eingriff	511	1038
aa) Handlung eines Verpflichtungsadressaten	511	1038
bb) Beeinträchtigungen	512	1039
(α) Diskriminierung	514	1041
(β) Beschränkung	519	1049
(γ) Einschränkungen nach den Grundsätzen der <i>Keck</i> - und der <i>ANETT</i> -Rechtsprechung?	521	1051
c) Rechtfertigung	522	1055
aa) Rechtfertigungsgründe nach Art. 62 i. V. m. Art. 52 Abs. 1 AEUV	522	1055
bb) Rechtfertigung aus zwingenden Gründen des Allgemeininteresses	524	1058

	Seite	Rn.
cc) Rechtfertigung aus Gründen des Grundrechts- schutzes und Rechtfertigung der Eingriffe inter- mediärer Gewalten	525	1061
dd) Schranken-Schranken	526	1062
d) Die sekundärrechtlichen Anerkennungs- und Koordinie- rungsrichtlinien	527	1063
aa) Anerkennung von Berufsqualifikation	528	1064
bb) Die Dienstleistungsrichtlinie	528	1065
e) Merksätze	531	1070
10. Freiheit des Kapital- und Zahlungsverkehrs	533	1071
a) Verbot der Beschränkung des Kapital- und Zahlungs- verkehrs	534	1071
aa) Schutzbereiche	534	1072
(α) Sachlicher Schutzbereich der Kapitalverkehrs- freiheit	534	1072
(β) Sachlicher Schutzbereich der Zahlungsverkehrs- freiheit	540	1080
(γ) Persönlicher, räumlicher und zeitlicher Schutzbereich der Kapital- und Zahlungs- verkehrsfreiheit	540	1081
bb) Eingriff	541	1082
(α) Handlung eines Verpflichtungsadressaten	541	1082
(β) Einheitlicher Beschränkungsbegriff	541	1083
cc) Rechtfertigung	543	1086
(α) Geschriebene Rechtfertigungsgründe	543	1087
(αα) Rechtfertigungsgründe nach Art. 65 Abs. 1 lit. a AEUV	543	1087
(ββ) Rechtfertigungsgründe nach Art. 65 Abs. 1 lit. b AEUV	544	1089
(γγ) Rechtfertigungsgründe nach Art. 65 Abs. 2 AEUV	546	1093
(β) Rechtfertigung aus zwingenden Gründen des Allgemeininteresses	547	1095
(γ) Rechtfertigung aus Gründen des Grundrechts- schutzes und Rechtfertigung der Eingriffe inter- mediärer Gewalten	548	1098
dd) Die sekundärrechtliche Ausgestaltung des Kapital- und Zahlungsverkehrs	549	1099
b) Schutz- und Embargomaßnahmen	549	1100
c) Merksätze	549	1101

	Seite	Rn.
4. Kapitel Interne Politiken der Europäischen Union	551	1102
I. Landwirtschafts- und Fischereipolitik	551	1102
II. Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts	553	1107
1. Allgemeine Bestimmungen	554	1107
2. Grenzkontrollen, Asyl und Einwanderung	555	1111
3. Justizielle Zusammenarbeit in Zivilsachen	562	1123
4. Justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen	564	1125
a) Grundlagen und Ziele	564	1125
b) Gegenseitige Anerkennung in Strafsachen	564	1126
c) Eurojust	567	1131
d) Europäische Staatsanwaltschaft	568	1134
5. Polizeiliche Zusammenarbeit	569	1135
a) Grundlagen und Ziele	569	1135
b) Handlungsfelder der polizeilichen Zusammenarbeit	570	1137
aa) Maßnahmen nach Art. 87 Abs. 2 AEUV	570	1137
bb) Maßnahmen nach Art. 87 Abs. 3 AEUV	570	1138
cc) Völkerrechtliche Übereinkommen nach Art. 37 EUV	570	1139
III. Wettbewerbskontrolle	571	1140
1. Wettbewerbspolitik	571	1140
a) Kurzüberblick	572	1140
b) Das Schutzgut „Wettbewerb“	573	1142
c) Merksätze	578	1148
2. Unternehmensgerichtete Wettbewerbsvorschriften	579	1149
a) Kartellverbot – Art. 101 AEUV	580	1149
aa) Verbot mit Legalausnahme und anschließender Kontrolle	580	1149
bb) Normadressaten des Kartellverbots	581	1152
(α) Unternehmen	581	1152
(β) Öffentliche und mit ausschließlichen oder besonderen Rechten ausgestattete Unternehmen (Art. 106 Abs. 1 AEUV)	586	1159
(γ) Mitgliedstaaten	588	1161
cc) Erfasste Verhaltensweisen	591	1163
dd) Wettbewerbsverfälschung	593	1167
ee) Spürbarkeit	596	1171
ff) Die Ausnahmegesetzgebung des Art. 101 Abs. 3 AEUV	597	1173
gg) Die Kommissionsbefugnisse (Kartellverfahrens- verordnung 1/2003)	599	1177
hh) Bedeutung des Unionskartellrechts für die Anwendung mitgliedstaatlicher Kartellverbote	605	1184